

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telex: 888848 ppbn d
Telefax: 91520-12

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB zur
Debatte über die Begleitum-
stände der Bundestagssitzung
vom 26. Mai 1993: Bannmeile
und Polizeieinsatz.

Seite 1

Isolde Reis MdL zu den Folgen
der Übergangsregelung zum
Paragraphen 218: Gefahr ei-
nes Engelmacher-Marktes.

Seite 2

Dokumentation

Zu einem "Bürgerforum Pauls-
kirche 1993" haben für den 19.
Juni demokratische Initiativen
und Vereinigungen aufgeru-
fen: Rückwärts in eine andere
Republik? Wortlaut

Seite 3

46. Jahrgang / 113

17. Juni 1993

Bannmeile und Polizeieinsatz

Zur Debatte über die Begleitumstände der Bundestagssitzung
vom 26. Mai 1993

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Am Tag der Debatte über das Asylrecht mußte die Polizei das Parla-
ment schützen. Wie es die Abstimmungen zeigten: Die Abgeordne-
ten hatten Wege ins Parlament gefunden - obwohl die Demonstran-
ten sie daran hindern wollten.

Das von vielen gar nicht wahrgenommene Ziel der Demonstranten
war es, den Abgeordneten just das Gefühl zu vermitteln, das Men-
schen haben, die von einem angestrebten Gebiet "ausgesperrt" blei-
ben. Die Demonstration hatte eine "Spielidee", die präzise mit dem im
Parlament verhandelten Gegenstand verkoppelt war. Und diese
"Spielidee" hatte die Mehrzahl der friedlichen Demonstranten nach
Bonn gelockt - und mit ihnen eine erhebliche Zahl Unfriedlicher, die
ihre Anhängerschaft gern über gelungene Eskalationen auf den Weg
der Gewalt führen wollten.

Der Bonner Polizeipräsident und seine Einsatzkräfte mußten mit ge-
nau dieser Demonstration, mit der Motivation der Teilnehmer zu ge-
nau dieser Ausübung des Demonstrationsrechts und der dabei ein-
kalkulierten Verletzung des Rechts des überall ungehinderten Zu-
gangs zum Parlamentsbereich umgehen und die grundsätzlich fried-
lich sein wollenden Demonstranten auch vor der Eskalationsbereit-
schaft der ungebeten mitwirkenden gewaltbereiten schützen. Und
das hieß: Er mußte den Eindruck vermeiden, daß die Polizei einem
Staate dient, der gewaltbereit ist als der gewaltbereite Teil der De-
monstranten.

Die nachträgliche Debatte zeigt: Unsere Bundesregierung enthält
teilweise eine Gewaltbereitschaft, die mit der der Autonomen sich
vergleichen lassen muß. Denn die Kritik an der Polizeiführung unter-
stellt eine abstrakte Lage, die konkret ganz anders war. Und für die
abstrakt angenommenen Umstände scheinen manche Regierende
bereit, die Polizei friedlich sein wollende Bürger prügeln lassen zu
wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Produktion: Uwe Gans
mit vollwertiger Ausstattung
Recycling-Papier



Abgeordnete, die sich freiwillig und entgegen den Ratschlägen des Präsidiums unter das demonstrierende Volk begaben, haben recht unterschiedliche Erlebnisse in den Bannmeilenbereich zurückgebracht. Sei sind manchmal freundlich-nett-höflich und manchmal böseartig behandelt worden - Demonstranten unterschieden sich, wie Abgeordnete auch. Und außerdem schalt es manchmal aus dem Wald so heraus, wie man hineinruft. Und der seine Abstimmungswürde zur Schau tragende Abgeordnete erschien manchen Demonstranten angesichts ihrer "Spielidee" halt ein bißchen "putzig", er sollte ja gerade spüren, wie das ist, wenn man ein "gelobtes Land" - auch wenn's das Parlament ist - nicht erreichen kann. Jedes Telefongespräch mit dem Fahrdienst hätte ihn fast mühelos auf den "gewaltfreien" Weg gebracht. Und jedes Nachdenken, wie man die Demonstranten so überlisten kann, wie illegale Einwanderer die Grenzbehörden überlisten, hätte ihm auch in den Bannmeilenbereich hineingeholfen.

Angesichts dieser Lage stimmt die vom Kanzler und manchen seiner Regierungskollegen erhobene Forderung nicht, daß die Polizei ein anderes Einsatzkonzept hätte verfolgen sollen. In diesem Fall hat die Polizei mit ihrem Verhalten unter den Demonstranten mehr für die parlamentarische Demokratie geworben, als es die Bundesregierung selber getan hätte. Wie gut, daß der Bannmeilenschutz nicht diesem Kanzler anvertraut ist!

(-/17. Juni 1993/rs/ks)

Gefahr eines Engelmacher-Marktes
Zu den Folgen der Übergangsregelung zum Paragraphen 218

Von Isolde Ries MdL
Frauenpolitische Sprecherin der saarländischen SPD-Landtagsfraktion

Seit gestern gilt die vom Bundesverfassungsgericht erlassene Übergangsregelung zum Paragraph 218.

Diese Übergangsregelung mit verschärfter, protokollierter Beratung erlaubt einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen und ist in der Regel kostenpflichtig, aber straffrei.

Als unannehmbarer Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Frau und Zumutung für die Beratungsstellen ist diese Übergangsregelung zu kritisieren.

Es ist nicht verwunderlich, wenn Frauen in Notsituationen nun versuchen, sich irgendwie eine der erlaubten Abbruch-Indikationen bescheinigen zu lassen. Zudem besteht die Gefahr, daß sich ein Engelmacher-Markt mit allen unhaltbaren Begleiterscheinungen installiert.

Der Gesetzgeber in Bonn ist nun aufgefordert, so schnell wie möglich eine Neuregelung zu erarbeiten. Die rückschrittliche Karlsruher Übergangsregelung darf nicht länger als notwendig Bestand haben.

Außerdem ist es jetzt an der Zeit, das Medikament RU 486 einzuführen. Das Verweigerungsmonopol des Pharmakonzerns Hoechst kann auch mit der Erteilung einer Zwangslizenz nach Paragraph 24 des Patentgesetzes gebrochen werden.

(-/17. Juni 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Rückwärts in eine andere Republik?

Zu einem "Bürgerforum Paulskirche 1993" haben für den 19. Juni demokratische Initiativen und Vereinigungen aufgerufen. Wir dokumentieren den Aufruf.

In den vergangenen Jahren hat das politische, soziale und kulturelle Klima in der Bundesrepublik Deutschland dramatische Änderungen erfahren: Der Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung und der entsprechenden Ideologien weckte Hoffnungen und Sehnsüchte auf eine Welt mit mehr Freiheiten und weniger Hunger, friedliches Zusammenleben der Staaten untereinander, auf Frieden mit uns und der Natur.

Solche Hoffnungen zerstoßen. Antisemitische und ausländerfeindliche Aktionen bis hin zu Brandanschlägen und Mord sowie Debatten zu grundlegenden Gesetzesvorhaben einschließlich weitreichender Verfassungsänderungen signalisieren gesellschaftliche Umbrüche.

Dagegen erhebt sich der vielstimmige gesellschaftliche Protest zum Schutz derjenigen, die Opfer einer verfehlten Einwanderungs- und Wirtschaftspolitik geworden sind.

In dieser Situation allgemeiner Unsicherheit reagiert die politische Klasse mit bloßem Machtpragmatismus, der vor allem der schwindenden Bindungswirkung der etablierten Parteien Rechnung tragen soll. Die Folgen der nationalen Einheit und die neue nationale Selbstbehauptung werden dazu benutzt, demokratische Freiheiten in den Hintergrund zu drängen.

Gesetzesvorhaben bis hin zur Änderung des Grundgesetzes

- zur Einschränkung der Bürgerrechte im Umweltrecht
- zur Aushöhlung des Ausländer- und Asylrechts
- zur Ausdehnung polizeilicher Befugnisse insbesondere durch den "Grossen Lauschangriff" und den noch massiveren Einsatz verdeckter Ermittler
- zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr "out of area"

sind nicht an sachlichen Notwendigkeiten orientiert. Eine solche symbolische Politik trägt wegen ihrer Erfolglosigkeit den Zwang in sich, immer wieder staatsautoritäre und rechtspopulistische Gesetze zu fordern und zu verabschieden. In einer Grauzone von Betrug und Selbstbetrug suggerieren die etablierten Parteien, Änderungen des Grundgesetzes und ein Abbau von Freiheitsrechten könnten die vorhandenen Probleme lösen. Zugleich dachte im Vorfeld der Auseinandersetzungen zur Änderung des Artikel 16 Grundgesetz die größte Bundestagsfraktion öffentlich darüber nach, unter welchen Voraussetzungen ein Verfassungsbruch riskiert werden könne. Permanente Gesetzesänderungen und die gewollte und geplante Mißachtung des Grundgesetzes sind zu einem Mittel politischer Auseinandersetzung geworden.

Es ist Zeit nachzudenken und sich zu wehren gegen eine gesellschaftliche Dynamik, in der Bürgerrechte als Ballast abgeworfen werden und der Staat aufgerüstet wird. Es müssen sich die Liberalen von denen trennen, die sich lieber an sozialdarwinlistischen Bildern der kollektiven Selbstbehauptung

einer Nation erwärmen als in den Begriffen der freiheitsverbürgenden Prozeduren einer Rechtsgemeinschaft denken.

Unter diesem Eindruck wollen Bürgerrechtsorganisationen und Juristenverbände, Initiativen der Ökologie- und Friedensbewegung am 19. Juni 1993 in Frankfurt am Main in einem Bürgerforum Paulskirche 1993 in vier Themenbereichen Fragen stellen und Lösungsansätze diskutieren, die von der etablierten Politik ausgeblendet werden:

Es kann nicht akzeptiert werden, daß ökologische Belange ökonomischen Wachstumsinteressen untergeordnet werden. Vielmehr ist es notwendig, die Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern in allen gesellschaftlichen Bereichen auszuweiten.

Die Aushöhlung des Grundrechtes auf Asyl ist kein geeignetes Instrument zur Steuerung der Zuwanderungsbewegungen. Es geht vielmehr darum, Konzepte zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu entwickeln und Staatsbürgerrechte für Zuwanderer zu ermöglichen.

Dem ständigen Anstieg der Kriminalität ist auch mit ausgeweiteten polizeilichen Maßnahmen nicht beizukommen, wie sich am Beispiel der Drogenkriminalität überdeutlich zeigt. Stattdessen muß auf Prävention und Entkriminalisierung gesetzt werden. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß unter dem Vorwand optimierter Verbrechensbekämpfung diese erweiterten polizeilichen Möglichkeiten auch zur politischen Disziplinierung mißbraucht werden.

Die universelle Geltung von Menschenrechten muß durchgesetzt werden. Dazu bedarf es unter anderem einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und nicht in erster Linie einer "Weltpolizei". Es ist nicht erforderlich, das Grundgesetz zu ändern und der Bundeswehr ein Handeln zu ermöglichen, das über die von der Verfassung gezogenen Grenzen hinausgeht.

Trägerkreise:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Arbeitsgruppen "Asyl" und "Gegen out of area" im Netzwerk Friedenskoperative, Arbeitskreis Darmstädter Signal, Blätter für deutsche und internationale Politik, Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische PolizistInnen, Bundesarbeitskreis kritische Juristen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz - BBU, Bürgeraktion "Das Bessere Müllkonzept", Bürgerinitiative SOS-Rassismus Frankfurt, Büro für Strukturanalytik, Bürgerrechte & Polizei (CILIP), Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V., Deutsche Vereinigung für Datenschutz, die Brücke - Forum für antirassistische Politik und Kultur, Forum Buntes Deutschland - SOS Rassismus, Frankfurter Aufruf, Friedensbüro Hannover, Gustav-Helneemann-Initiative, Heinrich-Böll-Stiftung, Humanistische Union, Institut für Informations- und Kommunikationsökologie, Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs - Ärzte in sozialer Verantwortung, Internationale Liga für Menschenrechte, Kampagne gegen Rüstungsexport, Kristall e.V., Liste demokratischer Ärzte Hessen, medico international, Neue Richtervereinigung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi, Pro Asyl, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Strafverteidigervereinigungen, SUD - Schwulenverband in Deutschland, Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Versöhnungsbund e.V.

(-/17. Juni 1993/rs/ks)
